

## Haushaltsrede Haushalt 2019 der AfD-Fraktion der Stadt Sehnde

**Siegfried Reichert:**

Sehr geehrte Ratsvorsitzende, liebe Ratsmitglieder,

lassen Sie mich mit einem Zitat Friedrichs des Großen beginnen:

„Eine Regierung muß sparsam sein, weil das Geld, das sie erhält, aus dem Blut und Schweiß ihres Volkes stammt. Es ist gerecht, daß jeder einzelne dazu beiträgt, die Ausgaben des Staates tragen zu helfen. Aber es ist nicht gerecht, daß er die Hälfte seines jährlichen Einkommens mit dem Staate teilen muß.“

Ja, wenn wir die direkten und die indirekten Steuern zusammenrechnen haben wir diese Grenze bereits überschritten. Und wenig bis nichts kommt bei uns in Sehnde wieder an.

Dabei gibt es doch ein NKomVG, welches den niedersächsischen Kommunen Kompetenzen, Aufgaben und Verantwortung überträgt. Nach zweijähriger Zugehörigkeit zum Rat habe ich allerdings den Eindruck dass sich dieser nur unzureichend für die Interessen seiner Bürger einsetzen will bzw. einsetzen kann und stattdessen lieber nachfolgende Generationen belastet.

Im NKomVG heißt es sinngemäß u.a. **"Der Rat beschließt über die grundlegenden Ziele der Entwicklung der Kommune"** und **"Die Gemeinden verwalten ihre Angelegenheiten mit dem Ziel das Wohl ihrer Einwohner zu fördern"**

Welches sind denn unsere Ziele? Das einzige was dazu existiert ist die Dokumentation eines Workshops aus dem Jahr 2011, in dem strategische und operative Ziele aufgelistet sind.

Ohne jede Gewichtung. Was bei gerade bei knappen Mitteln bedeutsam ist. Zudem existiert kein Ansatz wie denn die Erreichung von Zielen überprüft werden soll.

Gleichfalls ist im NKomVG sinngemäß festgelegt dass **"der Rat Sehnde in den Grenzen seiner Leistungsfähigkeit öffentliche Einrichtungen bereitstellen soll"** und **"Der Rat dies so zu planen hat, dass die stetige Erfüllung der Aufgaben gesichert ist"**.

Die vorliegenden Zahlen des Haushaltsplans nehmen hierauf nur unzureichend Rücksicht. Denn es mangelt an aussagefähigen Abschätzungen der zukünftigen Entwicklung.

Zwar hat der FA Finanzen die Empfehlung ausgesprochen auch der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung bis 2022 zuzustimmen, diskutiert wurden aber nur Investitionen und deren zukünftige Mittelbindung, nicht aber die damit einhergehenden Auswirkungen von Abschreibungen und Betriebskosten auf die längerfristige Entwicklung des ordentlichen Ergebnishaushalts.

Auch ist es wenig sinnvoll die Gebäudewirtschaft beständig mit neuen Maßnahmen im Haushaltsplan zu überschütten, wohl wissend dass noch ein erheblicher Überhang aus Vorjahren abzarbeiten ist. Es wird noch aufgezeigt, wie aus dieser erkennbaren Verschleppung von Substanzerhaltungsmaßnahmen deutlich steigende Sanierungskosten entstehen.

Besser für eine fundierte Planung wäre es auf jeden Fall alle Informationen zusammen zu tragen und zu bewerten. Ein erster Ansatz dazu ist vorhanden: So will sich der FA Finanzen bis zur Beratung des nächsten Haushaltsplans mit dem Thema Steuerung bei der Finanzplanung beschäftigen.

Denn aktuell ist es so, dass jeder Fachausschuss einen Teil der Produkte des Haushaltes diskutiert und darüber empfiehlt, die Gesamtschau aber fehlt, wir uns vom Gesamtplanungsergebnis überraschen lassen und dieses dann so im Rat wohl akzeptieren. Zudem hat es einige Zuständigkeitsprobleme gegeben die der Klärung bedürfen.

Ich will hier nicht die Arbeit der FA schmälern: Für sich betrachtet leisten diese gute Arbeit. Im Ergebnis steht aber ein defizitärer ordentlicher Ergebnishaushalt zur Entscheidung. Nicht das erste Mal. Kann das so weiter gehen? So nach dem Motto: Et hät schon immer jut jegange.

Dabei legt das NKomVG ebenfalls fest, dass **"der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein soll"**.

Dies ist aktuell erneut nicht der Fall und zeichnet sich bei der mittelfristigen Ergebnisplanung ebenfalls nicht ab. Dies ist kein gutes Zeichen: Deswegen sollten wir aktiv werden:

Und nicht nur abwarten bis kommunale Steuern erhöht werden müssen sondern frühzeitig nach Alternativen suchen:

### **Indem wir das vorhandene Gesamtsteueraufkommen effizienter verteilen!**

Indem wir z.B. die Einhaltung des Konnexitätsprinzips fordern und gemeinsam mit den anderen Kommunen konsequent durchsetzen. Denn wir – die Ratsmitglieder Sehnde - sind gewählt um das Wohl unserer Bürger zu fördern. Wir wurden nicht gewählt um tatenlos zuzusehen wie Region, Land, Bund und die EU Steuergelder zum Fenster rausschmeißen – nachdem sie sich vorher reichlich selbst bedient haben!

Oder indem wir gemeinsam mit den anderen Kommunen der Region darauf drängen nur noch die Leistungen der Regionsverwaltung zu finanzieren, die diese besser und effizienter bereitstellen kann. Und die unsere Bürger auch mitfinanzieren wollen. Wenn wir diese denn vorher fragen würden.

Und ein letztes: Endlich mal damit aufzuhören bei zweckgebundenen Mitfinanzierungen von Region, Land, Bund und EU so zu tun, als wären diese keine Geschenke der uns Regierenden, sondern von uns geleistete Zwangsabgaben. Es sind Steuermittel über die Dritte, aber nicht wir Bürger entscheiden.

Ich will mit einem weiteren Zitat aus unbekannter Quelle meinen Teil der Rede beenden: „Unwahr ist, daß der Fiskus dem Steuerzahler alles wegnimmt, was er verdient. Wahr ist, daß jeder von dem, was er verdient, sogar einen Teil behalten darf!“

### **Wolfgang Ostermeyer:**

Für die AfD-Fraktion gibt es einige Aspekte im Haushalts 2019, die es verdienen, näher beleuchtet zu werden.

< Ergebnishaushalt stark defizitär >

Der nun beratende und zur Abstimmung vorliegende Haushalt ist auch Jahr 2019 wieder hoch defizitär. Wir haben im Ergebnishaushalt ein ordentliches Ergebnis von fast -2,9 Mio EUR.

Das Defizit hätte wohl bei mehr als 3,5 Mio EUR gelegen, hätte sich nicht in Laufe der Haushaltsberatungen eine deutliche Erhöhung bei den Schlüsselzuweisungen um 800.000 EUR ergeben.

Für die Folgejahre sind weiterhin Negativergebnisse in Höhe von fast -2,6 Mio EUR für 2020 und -2,0 Mio EUR für 2021 eingeplant.

Durch Verrechnung mit Veräußerungsgewinnen aus dem Bauland-Handel in geplanter Höhe von gut ½ Mio EUR soll sich das Haushaltsergebnis auf -2,36 Mio EUR verbessern. Dank der niedrigen Zinsen funktioniert dieser Teilausgleich mit kreditfinanzierten Flächen – solange die Nachfrage nicht einbricht.

< Haushaltskonsolidierung erst wenn das Geld alle ist >

Als äußerst kritisch sehen wir die Tatsache, dass die großen Fraktionen in der Haushaltsberatung genau wie im letzten Jahr das Thema Haushaltskonsolidierung ignoriert haben.

Allerdings hat bereits der Bürgermeister in der Haushalts-Einbringungsrede am 27.09.2018 dargestellt, dass auf ein Haushaltssicherungskonzept verzichtet werden kann, da noch Geld aus besseren Tagen vorhanden ist – aber nicht mehr lange!

Wir meinen, dass das eine sonderbare Art ist, mit einem strukturellen Defizit umzugehen. Verantwortungsvolle Haushaltspolitik sieht anders aus!

Immerhin: Dadurch, dass 2 von ursprünglich 4 geplanten Sitzungen des Finanzausschusses abgesagt worden sind, hat man doch ein paar EUR Sitzungsgeld einsparen können.

< Investitionsprogramm wird fortgesetzt >

Das ambitionierte Investitionsprogramm wird fortgesetzt - es dauert halt, so viel Geld auszugeben:

- 14 Mio EUR in 2019
- 20 Mio EUR in 2020
- 10 Mio EUR in 2021

Und hinzugerechnet müssten noch die indirekten Investitionen, die die städtische Infrastruktur-Gesellschaft abwickeln soll. Mit dem Hortneubau an der Astrid-Lindgren-Schule und beim Familienzentrums sind hier mindestens zwei Bauvorhaben jeweils im 2-3 Mio-Bereich unterwegs. Im städtischen Haushalt kommen dann die regelmäßigen Mietzahlungen an, und das dann in nicht unbeträchtlicher Höhe.

< Verschuldung + Verzögerungen >

Zu den Begleiterscheinungen der anstehenden Baumaßnahmen gehört eine immense Verschuldung.

Ausgehend von den 12,3 Mio EUR Schulden in 2018 (siehe Einbringungsrede) kommen hinzu:

- 9,9 Mio EUR in 2019
- 16,9 Mio EUR in 2020
- 6,7 Mio EUR in 2021

Damit sind wir dann bei ca. 45 Mio EUR Schulden angelangt. Das sind immerhin grob gerechnet 7 Mio EUR mehr als die Zahl aus der Einbringungsrede.

Weitere Begleiterscheinungen sind Verzögerungen und damit verbunden Kostensteigerungen. Bei der Vielzahl von Vorhaben ist eine termingerechte Umsetzung de facto nicht möglich. Die großen Vorhaben müssen vorbereitet, ausgeschrieben, beauftragt und betreut werden. Wir erleben Terminverschiebungen und damit auch einhergehend Kostensteigerungen. Die Planungsansätze werden gleich entsprechend hoch angesetzt (siehe Turnhallenerweiterung in Rethmar).

< Turnhalle Rethmar >

Die Turnhallenerweiterung in Rethmar ist ein interessantes Thema. Hier kann man viel lernen:

Zur Geschichte:

1. Ursprünglich waren hier 150.000 EUR als Sanierungskosten für die Umkleide- und Sanitärräume geplant. 150.000 EUR also zu Lasten des Ergebnishaushalts. Wenn man etwas saniert, kann man doch gleich für den Sportverein mit anbauen – die Idee klang gut und war mit 120.000 EUR Anteil des Sportvereins (Eigenmittel + Sportförderung) auch gut gegenfinanziert. Die AfD unterstützte den Plan.
2. Im September hatten sich die Kosten für die Maßnahme auf 570.000 EUR erhöht. Grundlegende Erweiterungen in der Substanz der Turnhalle waren nötig geworden. Anstelle eines geringfügigen Zuschussbedarfs waren es damit 300.000 EUR geworden.
3. Eine abermalige Kostenkalkulation kommt am 4.12.2018 nunmehr auf 700.000 EUR. Damit kostet die zusätzliche Erstellung von Umkleidemöglichkeiten für den Fußballer sage und schreibe 550.000 EUR.



Wir lernen:

1. Wenn Wahlen (Bürgermeisterwahlen) anstehen werden schnell mal auch größere Summen eingestellt.
2. Die Kosten für das Turnhallen-Bauvorhaben an der Chausseestraße werden als Rechtfertigung weiterer Maßnahmen herangezogen.
3. Die Haushaltssituation spielt an dieser Stelle keine Rolle – auch wenn wir hier eine freiwillige Aufgabe haben. Die Konsolidierungspläne, Sportstätten an die Vereine zu übertragen, sind nicht mehr up-to-date.
4. Bei Kostenschätzungen – gerade beim Bauen im Bestand – ist Vorsicht geboten.
5. Die Verschuldung steigt. Durch die Maßnahme wird der Ergebnishaushalt aber entlastet – jetzt haben wir eine Investition. Nach Fertigstellung wird nur die jährliche Abschreibung von 7.800 EUR im Ergebnishaushalt gebucht – das aber für eine sehr lange Zeit. Wollen wir hoffen, dass die Zinsen nicht steigen.
6. Die großen Baugebiete in Rethmar werfen ihre Schatten voraus. Ein integriertes Stadtentwicklungskonzept (ein abgelehnter AfD-Antrag) wäre hier hilfreich (übrigens auch bei der Frage der Löschwasserversorgung in Rethmar, für die am 4.12.2018 kurzfristig 100.000 EUR nachgeschoben worden sind).

<Feuerwehrhaus Sehnde>

Im Haushalt nicht dargestellt ist ein eventueller Neubau des Feuerwehrhauses in Sehnde. Hier sind nur Umbaukosten eingestellt. Die AfD-Fraktion hält einen Neubau a priori für sinnvoll (z.B. Kostenrisiko beim Bauen im Bestand, Anwendung moderner Realisierungskonzepte).

Weitere Beratungen zur Entscheidungsfindung finden im nächsten Jahr statt.

<Avacon-Gelände / Bundessortenamt >

Seinerzeit hat die Stadt Sehnde das Avacon-Gelände gekauft. Die hohen Flüchtlingsunterbringungszahlen und eine prima Weitervermarktungsprognose waren die Argumente der Verwaltung.

An den laufenden Kosten von ca. 50.000 bis 100.000 EUR jährlich wird sich nichts geändert haben. Eine Weitervermarktung ist schon lange überfällig. Für uns ist schleierhaft, warum hier trotz entsprechender Bekundungen nichts passiert.

Aber das nächste Schnäppchen wartet. Das Gelände des Bundessortenamtes steht zum Verkauf. Mittel sind im Haushalt 2019 eingeplant. Bevor wir in Rethmar kaufen, brauchen wir unseres Erachtens ein Umsetzungskonzept und eine Lösung für das Avacon-Gelände.

#### <Personalkosten>

Beim größtem Ausgabeblock „Personal“ muss weiter nach Optimierungsmöglichkeiten gesucht werden. Die Digitalisierung der Arbeitswelt und die Probleme bei der Stellenbesetzung machen dieses zu einem wichtigen Thema.

Eine erste Informationsveranstaltung dazu hat es bereits im Fachausschuss Finanzen, Steuerung und Innere Dienste gegeben. Klar wurde, dass wir hier in Sehnde offensichtlich Neuland betreten – obwohl sogenannte DMS-Systeme zur Digitalisierung von Arbeitsabläufen seit gut 20 Jahren existieren. Die hier notwendigen und erheblichen Kosten werden aber erst in einigen Jahren zur Dämpfung des Personalkostenanstiegs führen, sind allerdings in den aktuellen Planungen nicht berücksichtigt.

#### <Erhöhung der Ortsratsmittel>

Die im letzten Jahr vorgenommene Erhöhung der Ortsratsmittel hat dazu geführt, dass eine Vielzahl kleinerer Maßnahmen in den Orten beraten und umgesetzt werden kann. Das ist eine Stärkung von Bürgernähe und Ehrenamt – und macht die Haushaltsberatungen nebenbei übersichtlicher. Hier befinden wir uns auf einen guten Weg.

#### <Kennzahlen zur Steuerung sind wichtig>

Die Verwaltung hat versucht, im Haushalt 2019 Kennzahlen für wesentliche Produkte zu liefern. Hier sehen wir noch Verbesserungspotenzial. Vor einigen Jahren waren wir bei Aussagekraft und Produktsteuerung schon weiter. Allerdings sollte sich hier auch jeder Fachausschuss unterjährig in der Pflicht sehen, seine Produkte entsprechend zu steuern.

#### <Haushaltskonsolidierung tut Not>

Die negativen Haushaltsergebnisse für 2019 und die defizitäre mittelfristige Finanzplanung machen eine Haushaltskonsolidierung unumgänglich. Für den Haushalt 2019 haben das die Verwaltung und die großen Fraktionen nicht gewollt.

Wir unterstützen die Apelle zur Verbesserung der Finanzierung der Kommunen. Aber eine knappe Mittelausstattung seitens Bund und Land ist kein Grund, Einsparungsmöglichkeiten gar nicht erst zu suchen.

Wer bei dieser Haushaltssituation nichts tut, setzt auf Steuererhöhungen im nächsten Jahr. Mitte des Jahres sind Bürgermeisterwahlen, da möchte man heute so eine Diskussion wohl nicht führen.



Wir fordern die Herrn Bürgermeisterkandidaten Carl Jürgen Lehrke und Olaf Kruse auf, im Frühjahr das Thema „Haushaltssicherung“ auf die Tagesordnung zu setzen. Die Bürger sollten wissen, für welche Haushaltspolitik die Kandidaten stehen.

<AfD stimmt dem Haushalt nicht zu = Enthaltung>

Wesentliche für uns kritische Eckpunkte des Haushalts sind in den letzten beiden Jahren beschlossen worden – jeweils gegen die Stimmen der AfD-Fraktion. Der Drops ist gelutscht und die negativen Folgen im Haushalt deutlich spürbar.

Hinsichtlich der Beratungen des Haushalts 2019 sehen wir auch positive Aspekte und wir wollen nach vorne schauen – daher haben wir uns gegen eine Ablehnung entschieden. Aufgrund der bislang nicht wahrnehmbaren Konsolidierungsbemühungen werden wir uns aber der Stimme enthalten

Sehnde, den 13.12.2018